Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 437. Abendblatt. Donnerstag, den 20. September. 1866.

Deutschland.

Berlin, 20. September. Se. Majestät der König besichtigte, wie schon mitgetheilt, am Dienstag an der Seite des Kronprinzen, der Generalität, die in der Umgegend von Breslau zusammengezogenen Truppen, führte dieselben in die Stadt und nahm darauf an dem Seitens der Stadt auf dem Schießwerder veranstalteten Diner Theil. Die Ankunft des Königs und des Kronprinzen von Breslau erfolgte Nachts 1 Uhr. Gestern Morgens empfing der König die Besuche des Kronprinzen, der Prinzen Albrecht, Vater und Sohn, des Prinzen Friedrich der Niederlande, des Herzogs Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und der hier eingetroffenen fürstlichen Gäste, nahm die Meldungen des General-Feldmarschalls Grafen Wrangel, der Generale v. Steinmetz, Herwarth v. Bittenfeld, Vogel v. Falkenstein, v. d. Mülbe, v. Bonin, v. Voigts-Rheetz, v. Manteuffel, v. Schmidt ꝛc. und die Vorträge des Geh. Kabinetsrathes v. Mühler, des Hausministers v. Schleinitz, des Geh. Hofrathes Bork und des Militär-Kabinets entgegen und hatte Mittags eine längere Unterredung mit dem Fürsten von Hohenzollern. Nachmittags konferirte der König mit dem Geheimrath v. Savigny, erschien Abends in der Oper und begab sich dann zum Empfange der Königin nach dem Anhalter Bahnhofe. In der Begleitung der Königin befanden sich der Großherzog und der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar, in deren Gefolge die Palastdame Gräfin Hacke, die Hofdamen Gräfin Brandenburg und Gräfin Dohna und der Oberhofmeister Graf Nesselrode.

— Die verfügte Vermehrung der preußischen Kavallerie um je eine fünfte Eskadron bei sämmtlichen Kavallerie-Regimentern beträgt, da 8 Regimenter schon fünfte Schwadronen besitzen, 40 Eskadrons. Der Zuwachs der preußischen Armee an Kavallerie würde demnach bei der spätern Zusammenstellung dieser Schwadronen zu Regimentern ausmachen. Da indessen 6 Regimenter davon schon in der Armeereorganisation von 1861 vorgesehen waren, so würden nur noch 6 Regimenter als wirklicher Zuwachs bleiben, was auf die beabsichtigte Erweiterung der preußischen Armee um nur ein Armeekorps schließen lassen dürfte.

— Während des soeben beendeten Krieges sind bei den Truppen junge Leute als Freiwillige eingetreten, welche hierzu noch nicht verpflichtet waren. Da es nach dem nunmehr unerwartet schnell erfolgten Friedensschluß vielen derselben wünschenswerth sein wird, zur Wiederaufnahme ihrer Studien von den Truppen entlassen zu werden, so sind jetzt von Seiten des Kriegsministeriums im Einverständniß mit dem Minister des Innern die Truppenbefehlshaber ermächtigt worden, diejenigen Freiwilligen, welche solches zur Erreichung des oben erwähnten Zweckes wünschen, wieder zu entlassen, in welchem Falle den Entlassenen die bereits absolvirte Dienstzeit auf ihre spätere Militärpflicht angerechnet werden soll. Der Minister-Erlaß ist vom 11. d. M.

— Dem Vernehmen nach werden die Bataillone der in Sachsen verbleibenden Truppen die Stärke von 802 Mann behalten.

— Der Gemeinderath von Wiesbaden hat Adressen an den König und an den Grafen Bismarck abgesendet, in welchem um Schonung der Eigenthümlichkeiten der Stadt, soweit sie Kurplatz ist und eine Spielbank hat, gebeten wird.

— Ueber die Verhandlungen mit Sachsen wird der „D. A. Z." als verbürgt mitgetheilt: Die Verhandlungen über den Frieden mit Sachsen sind im Fluß, wie ich Ihnen nach meinen, an zuverlässiger Stelle eingezogenen Erkundigungen aufs Bestimmteste versichern kann; in den betreffenden diplomatischen Kreisen erwartet man die vollständige Abwickelung der Angelegenheit bis Ende dieses Monats. Ich glaube hinzufügen zu können, daß Sachsen anzuerkennen haben wird, wie maßvoll Preußen sich wenigstens im letzten Stadium dieser Unterhandlungen gezeigt hat. Es handelt sich jetzt um die allerhöchste Ratifikation der von den Bevollmächtigten Sachsens im Einvernehmen mit Graf Bismarck hier festgestellten Punkte. Diese Zustimmung des Königs Johann wird durch den sächsischen Offizier eingeholt, welcher dieser Tage an den sächsischen Hof entsendet wurde. — Daß Graf Hohenthal nach Beendigung der Verhandlung und Eintritt Sachsens in den norddeutschen Bund an die Spitze des sächsischen Ministeriums treten wird, versichert und glaubt man auch in unterrichteten Kreisen.

— Der Vice-Ober-Ceremonienmeister Graf Schaffgotsch und der Erbtruchseß im Fürstenthum Halberstadt Kammerherr v. Alvensleben-Redekin sind hier eingetroffen.

— Der Kaiserlich französische Botschafter Benedetti ist aus Karlsbad hier wieder eingetroffen.

— Der Kaiserlich russische Gesandte Baron von Oubril ist gestern aus St. Petersburg hier wieder eingetroffen.

— Dem Vernehmen nach dürfte morgen eine Amnestie veröffentlicht werden.

— Wir entnahmen neulich der „Nd. A. Z." eine diplomatische Nachricht. Heute schreibt dasselbe Blatt: Eine aus der „Staatsbürger Zeitung" entnommene Notiz, die von dem „Verbleiben" des Unterstaatssekretärs Herrn v. Thile in seiner gegenwärtigen Stellung spricht, ist dahin zu präcisiren, daß das Verbleiben des Herrn v. Thile niemals in Frage gestellt worden ist. Ebenso entbehrt die in derselben Notiz des gedachten Blattes enthaltene Nachricht in Bezug auf den Petersburger Gesandtschaftsposten jeder Begründung.

— Im bunten Festtagsschmuck prangt unsere Stadt, sie hat ein prächtiges Feierkleid angelegt von Fahnen, Blumen und Kränzen, aber ihre Straßen sind öde und verlassen und die Hunderttausende ihrer Bewohner, alle die Gäste, die von nah oder fern herbeigeströmt sind, füllen die große Fest- und Siegesstraße und ihre Umgebungen. In diesem Augenblicke ist Berlin Preußen, und vom Brandenburger Thore bis zum Lustgarten: Berlin, das Herz der Nation. Aus diesem Herzen aber schallt dem heimkehrenden, siegreichen Heere unter Glockenklang und Kanonendonner ein lautes, einstimmiges „Willkommen" entgegen, in diesem Herzen lebt der Dank von Millionen für die Thaten, die vollbracht, für das Unheil, das abgewendet, für die Erfolge, die errungen wurden. Voll Stolz blicken wir auf die Krieger, die nach vollendetem blutigen Werke heimkehren, die auf den Schlachtfeldern von Nachod, Scalitz, Trautenau, Münchengrätz, Gitschin, Königinhof, Königsgrätz, Blumenau, Langensalza, Aschaffenburg kämpften und siegten für Preußens Ehre und Deutschlands Größe, die Oesterreichs verderbliche Macht, den Trotz des Partikularismus gebrochen und Preußens Aar bis vor die Thore Wiens, bis in das Herz Frankens, bis an den Schwarzwald, bis zum Neckar getragen haben! Nun kehren sie wieder, überall jubelnd empfangen, sehnsüchtig von den Ihren erwartet, mit dem stolzen Bewußtsein, das die bewährte Kraft verleiht, aus Epigonen einer großer Vergangenheit zu Progonen einer großen Zukunft geworden. Sie bringen mit sich ein machtvolles, starkes Preußen und mit der Freude über das Erreichte eint sich die Hoffnung, daß das stärkere, mächtigere Preußen auch ein freieres Preußen werden wird, den Völkern voranleuchtend, wie an Muth und Kraft, so auch an Weisheit und tüchtiger innerer Entwickelung. Die Kraft und Tüchtigkeit, die sie im Felde bewährt haten, unsere Soldaten werden sie auch in das bürgerliche Leben, dem sie nun, die Einen in wenigen Tagen, die Anderen in wenigen Monden zurückgegeben werden, hinübertragen u d die Aufgaben der nächsten Zeit werden nach innen, wie nach außen ein kräftiges Geschlecht finden. Noch ist der Bau der deutschen Einheit nicht vollendet, aber der längst begonnene ist in diesen Tagen mächtig gefördert worden und die Ihr die blutigen Bausteine für denselben wohl gefügt, Ihr Alle vom Baumeister bis zum Handlanger, Euch heißt nach schwerer Arbeit das Volk willkommen und bietet Euch den wohlverdienten Lorbeerkranz. Doch in den lauten Siegesmarsch klingen auch leise, wie von ferne, ernste, weihevolle Töne und mit stiller Wehmuth denken wir Derer, die ihr Leben auf dem Schlachtfelde ließen, die den Jubel dieser Tage nicht erlebten. Uus Allen fiel als reiches Erbe Das zu, wofür sie gefallen; so wollen wir denn diese Erbschaft dankbar antreten und in friedlichem Wettstreit, Jeder an seinem Platze, das zu vollenden streben, wofür Jene auf dem Schlachtfelde ihre Leben hingaben. Aber mit dieser Erbschaft übernehmen wir zugleich eine heilige Pflicht: die Sorge für die Hinterbliebenen der Gefallenen. Möge denn die Begeisterung, mit welcher uns die ruhmvollen Thaten der Armee erfüllen, nicht allein in flüchtigem Festjubel verrauschen, möge sie dauernde Früchte tragen, mögen sie die Noth und das Elend Derer lindern, die den Ernährer auf dem Felde der Ehre verloren. Es gilt eine heilige Pflicht zu erfüllen und wir vertrauen, daß das preußische Volk ihrer bewußt sein wird. So schmettert denn, ihr lustigen Fanfaren, laßt die Tücher wehen, stimmt ein ihr Hunderttausende in den lauten Willkommsgruß für die tapferen siegreichen Krieger!

— Die heutige (20.) Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde vom Präsidenten v. Forckenbeck um 10¼ Uhr eröffnet. Am Ministertische: v. d. Heydt, v. Selchow und Regierungs-Kommissar Geheimer Finanzrath Wolny. (Die Tribünen des Hauses sind sehr spärlich besetzt.) Der Präsident theilt mit, daß der Abgeordnete Zupitza, Major a. D. (Neustadt-Falkenberg) verstorben sei. Das Haus erhebt sich zum Andenken an den Verstorbenen. Es wird in die Tagesordnung, in die Fortsetzung der gestern abgebrochenen General-Debatte über die Verorduung, betreffend die Errichtung von Darlehnskassen, eingetreten.

Abg. Lasker: Durch die Ausgabe der Darlehnsscheine sei nicht die Lage der Bank erleichtert worden, sondern im Gegentheil erschwert, da der größte Theil der Scheine in die Kassen der Bank geströmt sei, indem die Inhaber sie los sein wollten. Es sei ein Konflikt hervorgerufen in dem Gewissen der Bedrängten, die nur auf verfassungswidrige Weise, durch Annahme der Darlehnsscheine ihren Verbindlichkeiten nachkommen konnten. Ein solcher Konflikt könne nie heilsam wirken. Das Haus dürfe nicht dulden, daß die Papiergeld-Ausgabe in einer solchen Weise überhand nehme und empfehle er die Annahme der Kommissions-Anträge. (Beifall.)

Finanzminister v. d. Heydt: Der Vorredner habe im Beginne seiner Rede die Frage gestellt, warum denn die Bank nicht nach ihrer Bestimmung den Mißständen abgeholfen. Er gebe zu bedenken, daß Banken, die Noten ausgeben, naturgemäß nur wenig Lombardgeschäfte machen können; sie müssen sich auf Diskontirung von Wechseln ꝛc. beschränken. Es habe sich nicht nur darum gehandelt, einzelnen Gewerbtreibenden zu helfen, sondern es lagen, nach dem Zeugnisse sämmtlicher Handelskammern, Handel, Industrie und die Landwirthschaft durchgängig darnieder, in einer Weise, wie es seit Jahren nicht vorgekommen. Die Regierung müsse sich entschieden dagegen verwahren, daß sie gegen die Bestimmungen der Verordnung von dem Gelde einen anderen Gebrauch gemacht habe, oder habe machen wollen. Die Regierung habe im zuversichtlichen Vertrauen, daß die Landesvertretung die Zeitumstände berücksichtigen werde, gehandelt, und dieses Vertrauen hege sie noch heute.

Abg. v. Vincke (Hagen): Er glaube alle Rechtskundigen auf seiner Seite zu haben, wenn er behaupte, daß der Staat schon dadurch eine Garantie für die Darlehnsscheine übernommen, daß er sie in seinen Kassen an Zahlungsstatt übernahm. Es sei also durch die betreffende Verordnung entschieden gegen Artikel 103 der Verfassung gehandelt worden, da eine solche Garantie nur durch ein Gesetz gestattet sei. Aber nur durch den unglücklichen Artikel 63 der Verfassung sei die Regierung in die üble Lage gerathen, in dem vorliegenden Fall eine Anticipation des Gesetzes nicht vornehmen zu können. Wenn es aber unmöglich sei, einer solchen Verordnung nachträglich gesetzliche Kraft zu verleihen, so begreife er nicht, wie man Indemnität dafür ertheilen könne. Weil er annehme, daß die Verordnung zum Wohle des Landes erlassen sei, deshalb ertheile er die Indemnität. Was anscheinend den einzelnen Klassen zu Gute kam, das sei auch dem ganzen Lande zu Gute gekommen; der allgemeine Kredit sei erhalten worden. Für das weggegebene werthlose Papier habe der Staat Werthe in Pfand bekommen, es liege also in der ganzen Operation gar keine Gefahr für den Staat. Nothwendig sei es doch, in Zeiten der allgemeinen Kreditlosigkeit, der Landwirthschaft Kredit zu verschaffen. (Zustimmung.) Der Redner wendet sich dann zur Linken und behauptet, daß die Gegner der Darlehnskassen den Scheinen erst den Makel der Verfassungswidrigkeit aufgedrückt hätten; daß sie damit nicht im Interesse des Landes und nicht im Interesse des Staats gehandelt hätten, den Beweis würde man ihm wohl erlassen. (Bravo rechts.) Die Darlehnskassen seien vom ganzen Lande mit Dank aufgenommen worden. Die Nichtgenehmigung der Verordnung sei eine unpatriotische Handlung und diese würden sich die Abgeordneten nicht zu Schulden kommen lassen wollen. (Bravo und Zischen.)

Abg. Dr. Virchow: Wenn der Vorredner die materielle, die Wohlthätigkeitsfrage, voranstelle, so müsse er auch nicht die Pflicht vergessen, die die Staatsregierung dadurch übernehme, und diese Pflicht scheine ihm hier den Nutzen zu überwiegen. Der Vorredner berufe sich zur Vertheidigung der Regierungsvorlage auf den „unglücklichen" Artikel 63 der Verfassung. Unglücklich oder nicht, der Artikel sei doch einmal vorhanden und die Regierung habe gegen alle seine Theile verstoßen und sich dadurch eines Verfassungsbruches schuldig gemacht, den der Erfolg nicht entschuldigen könne. Abgeordneter v. Vincke berufe sich endlich fortwährend auf die Zustimmung des Handels- und Industriestandes. Er wolle dagegen nur auf den Widerstand hinweisen, den die Handelskammern gerade im Wahlbezirke des Herrn v. Vincke der Maßregel entgegengesetzt hätten.

Der Regierungs-Kommissar, Geh.-Rath Wollny, erklärt, daß die Regierung die Gefahr nicht abgewartet habe, sondern ihr zuvorgekommen sei. Daß die Kassen so wenig benutzt seien, habe darin seinen Grund, daß schon die Aussicht auf Geld dasselbe flüssig gemacht habe. — Abg. Graf Eulenburg spricht für die Gültigkeit der Verordnung. Wolle man hier ein Präcedenz schaffen, so dürfe man nicht Indemnität ertheilen. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Schulze (Berlin) spricht für die Kommissionsanträge. Staatsmittel dürften nicht anders als zu unmittelbaren Staatszwecken verwendet werden. Was den Makel anlange, der durch die Opposition auf die Darlehnskassenscheine geworfen sein soll, so erwidere er, daß die Papierscheine diesen Makel bereits besaßen. Wenn einmal die Opposition gegen die Verstümmelung der Verfassung nicht mehr nöthig sein werde, dann werde man es den Männern der heutigen Opposition danken. (Beifall.)

Abg. Dr. Simson: Ich verneine die Frage, ob die Verordnung sich auf Artikel 63 gründen lasse, nicht als eine kontroverse, sondern als eine unzweifelhafte Frage. Es wäre uns unmöglich, Indemnität zu ertheilen, wenn man die Verordnung auf diesen Artikel gründen wollte. Was die Ministerverantwortlichkeit der Verfassungsverletzungen betrifft, so mache er auf Artikel 61 der Verfassung aufmerksam, worin es heiße: Die Minister können angeklagt werden und nicht sie müssen. Wollte ich sagen, ich genehmige die Verordnung, so würde ich auch anerkennen, daß die Regierung sich innerhalb der Grenzen des Artikels 63 gehalten hat. Da ich dies nicht anerkennen kann, so kann ich auch die Indemnität nicht ertheilen. Bedenke man doch auch die Lage, in welche man die Krone durch die Zustimmung zu der Verordnung bringt, indem man das vorläufig Gültige zum definitiv Gültigen macht. Zu letzterem haben beide Häuser des Landtages die Macht, aber sie haben nicht die Macht, von Hause aus Ungültiges durch eine Genehmigung gültig zu machen. Die Genehmigung bedeutet auch ebensowenig Indemnität, wie Indemnität Genehmigung bedeutet; — das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Die Nichtgenehmigung kann neben der Indemnität hergehen. Die von der Kommission vorgeschlagene Versagung der Genehmigung hat einen ganz eigenthümlich zugespitzten Sinn. Wir stehen hier einfach vor einer staatsrechtlichen, aber schiefgestellten Frage. Was die national-ökonomische Seite der Frage betrifft, so will ich hierauf nicht näher eingehen; ich will nur meine Ansicht dahin aussprechen, daß man die Frage nicht von dieser Seite allein auffassen darf Endlich kann ich keine Gefahr für das Interim erkennen; der Artikel 106 der Verfassung schützt das Interim vor diesen Gefahren. Darum verwerfen Sie die Nr. 1 der Kommissionsanträge und stimmen Sie der Indemnitätsertheilung unter Aufforderung zum Erlasse eines Gesetzes zu.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird gestellt und angenommen. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Lasker, v. Vincke (Hagen), Graf Eulenburg, Dr. Virchow, nimmt das Wort der Berichterstatter Herr v. Hennig: Ich bin auch der Ansicht, daß eine Berufung auf Artikel 63 unstatthaft sei. Was ist denn aber der Unterschied zwischen einer Nichtgenehmigung und einer Verwerfung? In welcher Lage war nun die Kommission? Konnte sie anders, als die Genehmigung oder die Versagung vorschlagen? Es ist hier viel von Theorie und Praxis gesprochen worden; ich kenne nur eine Deutung des Wortes Theorie und danach besteht die Theorie in dem Sammeln von Grundsätzen, welche aus gemachten Erfahrungen hervorgegangen sind; die Praxis ist dann die Ausführung dieser Theorie. — Soll man denn aber an alle Theorien glauben? Es ist auch eine Theorie, der Staat soll die nationale Arbeit schützen. Unter der nationalen Arbeit verstand man immer Gewerbe und Fabriken; ja, mit solchen Stützen begeht der Staat jedesmal einen Fehler. Hier in dem vorliegenden Falle handelt es sich um etwas Anderes; es handelt sich darum, Leuten zu Hülfe zu kommen, die sich für die hereinbrechenden Ereignisse nicht vorgesehen hatten. Herr v. Vincke hat gesagt, wir wollten, daß die Regierung die armen Bergleute brodlos mache. Er vergißt aber, daß bei den übrigen Fabrikationszweigen, die sich mit der Verarbeitung der Bergwerksprodukte beschäftigen, genau eben so viel Arbeiter angestellt sind, wie in den Bergwerken. Also wenn er die Bergleute unterstützt, so macht er die Verarbeiter der Bergwerksprodukte brodlos dadurch, daß die Fabrikanten die theuere Waare nicht mehr bezahlen können und ihre Arbeit einstellen. Mir werfen die Abgg. v. Vincke und v. Eynern vor, ich hätte mir meine Arbeit leicht gemacht, weil ich die citirten Reden im Kommissionsbericht nicht vollständig angeführt habe. Ich habe beide Reden, die v. Patow's und Kühne's, vollständig gelesen. Aber damals handelte es sich um ein bestehendes Gesetz und seine Aufhebung (hört!), nachdem es drei Jahre lang in Kraft gewesen. Und da haben die Herren sich ausdrücklich für die Nothwendigkeit ausgesprochen, daß ähnliche Gesetze und Maßregeln nicht wieder ergriffen werden sollen. (Abg. v. Vincke: Im Gegentheil!) Um eine Verordnung auf Grund des Art. 63 konnte es sich damals nicht handeln, weil die Verfassung zur Zeit der ersten Darlehnskassen im Jahre 1848 noch gar nicht bestand. (Heiterkeit.) Außerdem habe ich nicht den Beruf zu konstatiren, wie die beiden Herren gelegentlich einmal nicht ihren Grundsätzen entsprechend nach allen Richtungen gehandelt haben, zumal der eine verstorben und der andere hier im Hause nicht anwesend ist. Wäre Herr v. Patow anwesend, so würde ich es unzweifelhaft erwähnen, wie es ja nun einmal hier bei den geehrten Mitgliedern derselben Partei jetzt nicht so selten ist, daß er aus seinen Grundsätzen nicht die richtige Nutzanwendung gezogen hat. Hr. v. Nordenflycht hat anf eine protokollarische Verpflichtung hingewiesen, die in Westphalen unterzeichnet worden, keine Darlehnskassenscheine zu nehmen, daß der Eifer aber bald erkaltet und sie alle nachher ganz ruhig die Scheine genommen hätten. Wenn Leute schwach werden, so ist das kein Beweis für eine gute Sache. Hier in Berlin geschah das Gegentheil: Die Liste der Banquiers, die sich zur Annahme verpflichtet hatten, war bald vom Erdboden verschwunden. Wenn die Kassen sehr wenig von den Fabrikanten gewebter Tuche benutzt worden sind, so hat das nach dem Abg. v. Eynern den Grund, weil die Gewebe der Mode unterworfen sind. Das ist ja eben der Beweis, daß die Verordnung nur für Einzelne Hülfe schaffte. Ein solider Fabrikant wird übrigens niemals in den Stand gesetzt, weiter zu fabriciren, wenn er seine fertige Waare nicht verkaufen kann, sondern erst mit 10 Prozent beleihen muß. Wenn Sie das glauben, so ist das eine Illusion, das geht wirklich nicht. (Widerspruch rechts.) Der Herr Handelsminister sagt, man habe im Nothstande nicht an die Verfassung gedacht; aber wir müssen nicht nur an sie denken, sondern sie auch nach Kräften aufrecht erhalten. Aber der Regierung einen Fußtritt geben zu wollen, wie Herrn von Vincke's geschmackvoller Ausdruck lautete, lag uns fern; die Regierung hat die Kommission auch besser verstanden und ihr Entgegenkommen anerkannt. Von allen Definitionen der Indemnität halte ich nur die für richtig, welche Cox gegeben: „Vorausnahme der Begnadigung vor erfolgter Verurtheilung." Indemnität und Genehmigung fallen nicht zusammen und haben nichts mit einander von Hause aus zu thun. Aber die Kommission mußte sich auch über die Genehmigung aussprechen, weil die der Allerhöchsten Ermächtigung beigelegte Denkschrift sie

ebenfalls beantragt. Darüber, wie das Amendement v. Nordenflycht, stillschweigend weggehen ist unmöglich. Der Abg. Simson will auch dasselbe durch seine Abstimmung thun, was die Kommission will, er will es nur nicht ausdrücklich aussprechen. Auch wird stets im Hause, wenn Nichtgenehmigung beantragt wird, über Genehmigung abgestimmt. Will der Abg. Simson sein auf der Tribüne ausgesprochenes Wort halten, so wird auch er gegen die Genehmigung stimmen. (Beifall links).

Finanzminister v. d. Heydt. Der Herr Referent hat sich erlaubt, eine Stelle der gestrigen Rede des Herrn Handelsministers mit anderen Worten wiederzugeben, als sie hier gesprochen ist. Mir liegt der stenographische Bericht vor, und nach diesem hat der Herr Handelsminister nicht gesagt, wie der Referent es hat glauben machen wollen (Oho! Aufregung links), die Regierung habe bei Erlaß der Verordnung gar nicht an die Verfassung gedacht, sondern daß Niemand, und am wenigsten ein Minister, daran gedacht habe, die Rechte der Landesvertretung zu verletzen.

Abg. v. Hennig: Im Grunde genommen sind die Worte, die ich angeführt und die der Handelminister brauchte, dieselben. (Rechts: Oho!) Ich habe mir dieselben niedergeschrieben, und sollte ich sie wirklich etwas abweichend wiedergegeben haben, so muß ich dem Herrn Finanzminister durchaus das Recht bestreiten, in Bezug darauf solche Worte zu gebrauchen, wie er es — (der Präsident entzieht dem Redner das Wort, da die Entscheidung über die Zulässigkeit der Worte Sache des Präsidiums sei).

Abg. v. Vincke (Hagen) erklärt, daß er dem Referenten nur vorgeworfen, einzelne aus dem Zusammenhange gerissene Citate angewendet zu haben. Da Redner im Verlauf seiner Worte die Grenzen der persönlichen Bemerkung überschreitet, so wird ihm vom Präsidenten das Wort entzogen. Es entspinnt sich nun eine längere Debatte über den Gang der Spezialdiskussion. Es wird endlich so verfahren, daß zuerst über Antrag 1 der Kommission zugleich mit den Amendements Nordenflycht und Bode die Spezialdiskussion eröffnet wird. Es erhält dazu das Wort Abgeordneter v. Bonin (gegen den Kommissions-Antrag. Derselbe ist auf der Tribüne absolut unverständlich, da das Haus in großer Unruhe sich befindet.

Schluß der Spezial-Diskussion wird beantragt und angenommen. Es wird darauf das Amendement Nordenflycht abgelehnt, ebenso das von Bode sub 1, 2, 3. Der Antrag I. der Kommission wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 146 gegen 142 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Fortschrittspartei, das linke Centrum, die polnische und katholische Fraktion; dagegen die Konservativen, Altliberalen und John (Labiau). Ohne Debatte mit großer Majorität angenommen werden sämmtliche Paragraphen des Kommissions-Entwurfes, sowie schließlich das ganze Gesetz.

Schluß der Sitzung $3\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung: Montag, 10 Uhr. Tagesordnung: Das Kreditgesetz. Verkauf der westphälischen Staatsbahn.

Breslau, 19. September. Nachdem Se. Majestät und der Kronprinz Nachmittags vom Schießwerder in das Königl. Palais zurückgekehrt waren, empfingen dieselben noch den Rektor und den Senat der Königl. Universität, die den hohen Gästen im Namen der Hochschule ihre Glückwünsche abstatteten. Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen ist seitens der Universität ein gediegener Festgruß in lateinischen Versen und beigegebener deutscher Uebersetzung gewidmet worden.

Aus Holstein, 18. September. In Hadersleben hat vorgestern eine große, obgleich nur in sehr kurzer Zeit vorbereitete Versammlung von Männern der deutschen, jetzt preußischen Partei stattgefunden, die außer von der genannten Stadt selbst von allen andern Städten Nordschleswigs, einschließlich Flensburgs, nächstdem auch von der Landschaft Angeln beschickt und über Erwarten zahlreich war. Von gegen 1200 Angekommenen konnten nur 6—700 an der Verhandlung Theil nehmen, da der Saal des betreffenden Gasthauses nur so viel faßte. Die einleitenden Worte sprach der Redakteur der „Nordsleswigsk Tidende", Dr. Janssen, und dessen Gruß erwiderte im Namen der von auswärts Erschienenen Gymnasial-Lehrer Dr. Wallichs aus Flensburg. Nachdem dann ein Gutsbesitzer Meyer aus Skodborg, im Amt Hadersleben, in dänischer Sprache erklärt hatte, daß auch ein großer Theil der dänisch redenden Schleswiger in der Verbindung mit Preußen den einzigen Weg zu einer gedeihlichen Zukunft des Landes sehe, hielt die am meisten durchschlagende Rede der Eisenwerkbesitzer Bonnichsen aus Hadersleben, ein Mann, der schon von den 40er Jahren her als ein eifriger Vertreter des Deutschthums in Nordschleswig sich einen Namen gemacht hat. In der Form, bemerkte er, möge der Artikel V. des Prager Friedens als großmüthiges Zugeständnißan ein großes Prinzip erscheinen; die mit den Verhältnissen Vertrauten aber betrachten ihn in einem andern Lichte. Nicht das einzelne Dorf, nicht die einzelne Hufe dürfe entscheiden, ob sie beim Lande bleiben wolle; solle Abstimmung über die Frage, ob deutsch, ob dänisch, entscheiden, so müsse das ganze Land gefragt werden; eine Grenze zwischen dem Norden und dem Süden ziehen, sei unmöglich; hier spreche man dänisch, dort friesisch, dort plattdeutsch; aber sonst sei kein Unterschied in der Bevölkerung; die verschiedenen Nationalitäten seien durch Jahrhundert langes Beisammenleben eng mit einander verwachsen. Eine freie Abstimmung ferner sei jetzt nicht möglich; nachdem dänische Bildung 16 Jahre Zeit gehabt habe, auf die Bevölkerung zu wirken, müsse „erst die Partei gleich gemacht" und auch der deutschen Bildung und den deutschen Einrichtungen gegönnt werden, ihren Einfluß auf die Bevölkerung zu üben. (Lebhafte Zustimmung.) Eins aber dürfe man nicht vergessen; wenn man es als ein Unglück betrachte, wieder an Dänemark zu kommen, so liege die Wahl nur zwischen dänisch und preußisch. Große Ereignisse haben zum Aufgeben früherer Hoffnungen genöthigt; jetzt stelle sich als klare Pflicht heraus, die Selbstständigkeit auf dem Altare der Einheit zu opfern. Auf die Schlußfrage dieses Redners: Was wollt Ihr werden, Dänen oder Deutsche, indem Ihr Preußen werdet? erfolgte die Antwort: Deutsche! Die ganze Versammlung einigte sich später in dem entschiedenen Protest gegen die Abtrennung nordschleswigscher Gebietstheile und in der Forderung, daß das ungetheilte Schleswig-Holstein mit der preußischen Monarchie vereinigt werde.

Gotha, 17. September. Heute ist unser Regiment wieder hier eingerückt. Nachdem es in Fröttstedt, der nächsten Eisenbahnstation nach Eisenach zu, die Bahn verlassen hatte und von den Bewohnern der dortigen Gegend mit einem Frühstück regalirt worden war, wurde es vom Herzoge empfangen, der ihm entgegengeritten war. In der Nähe der Stadt begrüßte eine Abtheilung des hier gebildeten Festkomité's die Ankommenden und nach kurzer Rede wurden von einer Anzahl weißgekleideter Mädchen an die einzelnen Soldaten Eichenkränze vertheilt. Der von den Mitgliedern des Festkomité's geleitete Einzug erfolgte unter dem Geläute aller Glocken; die Stadt war mit Kränzen und Flaggen festlich geschmückt; unter den letzteren erblickte man keine mit Schwarz-roth-gold. Die einmarschirenden Soldaten wurden mit Blumen überschüttet und auf dem Markte von einer Tribüne herab durch den Bürgermeister mit einer Ansprache bewillkommnet. Dem Hoch auf Herzog und Regiment folgte die Bekränzung der beiden Bataillonsfahnen mit Lorbeerzweigen. Den Schluß der Einzugsfeierlichkeit bildete das Hoch, welches der Regiments-Kommandeur Oberst v. Fabeck auf die Stadt ausbrachte. Heute Abend wird die von Tausenden von Fremden durchwogte Stadt erleuchtet.

Fürstenthum Lippe, 16. September. Heute Mittag 1 Uhr verkündeten die Glocken der Residenz Detmold die Rückkehr unseres Bataillons, welches unter den Klängen der schönen Militärmusik unter großem Jubel einer unabsehbaren Menschenmasse in die im Festschmuck prangende Stadt einrückte. Kein Haus ist ohne Guirlanden, Kränze und Fahnen, überall das festlichste Gewand. Mir ist ein solcher Enthusiasmus noch nie vorgekommen. Von Morgens 7 Uhr wimmelt es von Menschen und Wagen in der Stadt; es sind gewiß an 10,000 Fremde hier. Nur langsam konnte der Marsch durch die jubelnde Menge erfolgen; von den ersten Häusern der Stadt bis zur Kaserne wurden die Soldaten mit Blumen und Kränzen förmlich überschüttet; unaufhaltsame Hurrahs ertönten zu den Soldaten und von den Soldaten. Diese haben ein martialisches Aussehen, gebräunt von Staub und Hitze, als wenn sie eben aus dem Gefecht kämen. Der Premier-Lieutenant Kirchhof ritt dem Bataillon zu Pferde vor, in der Mitte der Kommandeur Major Kellner. Beim Eintritt in die Stadt wurde es unter einer Ehrenpforte vom Bürgermeister Schierholz mit einer Anrede begrüßt und auf dem Schloßplatze unter einem Triumphbogen vom Fürsten, der Fürstin-Mutter und den Prinzessinnen in Empfang genommen. Der Fürst besichtigte die vorbeidefilirenden Truppen vom Fenster aus; 12 weißgekleidete Jungfrauen überreichten Lorbeerkränze an das Bataillon mit sinnvoller von einer derselben gesprochenen Anrede. Das Wiedersehen war ein sichtbar alle Herzen durchdringendes; man sah manches nasse Auge, manches Kriegergesicht voll Rührung beim Anblick der Seinigen. Heute Abend ist Illumination und der Fürst giebt den Kriegern in der großen Halle des Exerzierhauses ein Abendessen. — Schon auf der Landesgrenze bei Oerlinghausen waren die von Bielefeld herkommenden Truppen vom Kabinetsminister v. Oheimb empfangen worden.

Ausland.

Aus der Schweiz, 18. September. Landammann Aepli hat seine Entlassung als schweiz. Geschäftsträger in Wien wirklich eingereicht. — Auf Anfrage des Bundesraths hat das niederländische Generalkonsulat die Auskunft ertheilt, daß die niederländisch-indischen Truppen keine Fremdenkorps, sondern als Nationaltruppen zu betrachten seien. Demnach ist der Dienst in ihnen keine Uebertretung des schweiz. Werbeverbots.

Paris, 17. September. Endlich ist es da, das Rundschreiben des Herrn v. Lavalette, und nachdem Ihnen der Wortlaut desselben bei Empfang dieses Berichtes ohnehin bekannt sein wird, verzichte ich darauf, Auszüge aus demselben zu wiederholen oder gar mit subjektiven Interpretationen debutiren zu wollen. Die Herren v. d. Goltz, Nigra und Fürst Metternich haben sich heute Mittags in das Ministerium des Auswärtigen begeben, um Herrn v. Lavalette wegen des neuen Programms der französischen Politik zu bekomplimentiren. Der Herr Vertreter Rußlands ist bei dem interimistischen Lenker der auswärtigen Angelegenheiten nicht erschienen und ist dies Ausbleiben nicht unbemerkt geblieben, da es zu den Auseinandersetzungen des Rundschreibens gewissermaßen einen Kommentar abgiebt.

⊙ **Aus Warschau,** 15. September. Mit Ende des Monats hören die Lagerübungen bei Powonski auf und die Truppen, soweit sie nicht bereits nach Rußland abgezogen sind oder abziehen, werden wieder in ihre Garnisonen einrücken. Augenblicklich dürfte [illegible] im Königreich Polen befindliche Militärmacht nur auf 38 [illegible] Mann belaufen, der noch eine Verminderung von 6—8 Tausend Mann bevorsteht, die in Kurzem über Petersburg nach dem Innern des Reiches abgehen sollen, so daß unsere Besatzung nur noch etwa 30,000 Mann betragen wird. — In den Kreisen der exaltirten Polen trug man sich mit großen Hoffnungen auf Erfolge der Bemühungen polnischer Abgeordneter in den Kammern zu Berlin in Bezug auf die nationale Gestaltung Polens und sollen von jener Seite auch Versprechungen in dieser Richtung gemacht worden sein, die nach Lage der Dinge als unerfüllbar schon von vorn herein hätten erkannt werden müssen, wenn der Blick der Exaltirten freier wäre. Die ruhigere Partei, welche die Sachen klarer überblickt und auf Versprechungen von außen her schon lange nichts mehr giebt, kommt hierbei jedenfalls besser weg, da sie sich die Enttäuschung erspart und auch sich nicht durch blinden Glauben zu unnützen Demonstrationen gegen die Regierung verleiten läßt, durch welche die andere Partei, die sogenannte patriotische, dem polnischen Lande und Volke noch fort schadet. Das umgearbeitete Unterrichtsgesetz für das Königreich Polen tritt mit dem 1. (13.) Oktober in Kraft. Leider nützt dies nicht viel, da die Durchführung der Einrichtung von Volksschulen bis jetzt immer nur noch auf dem Papier figurirt, in Wirklichkeit aber noch nichts zu merken ist. Was nützen Schulgesetze, Bauanschläge, Schuletats u. dergl., wenn keine Schuletablissements auf den Dörfern sichtbar und keine Lehrer vorgebildet oder von außen beschafft werden. In den Städten ist es in den letzten Jahren in Bezug auf Errichtung von Schulen besser geworden; allein auf dem platten Lande liegt alles noch kaum im Werden. Man hat es zwar auch an Befehlen und Verordnungen nicht fehlen lassen und auch passende Leute nach Preußen geschickt, welche das dortige Volksschulwesen gründlich studiren und besonders über die Einrichtungen der Landschulen im Posenschen sich genau Kenntniß aneignen sollen, weil man diese für die hiesigen Bedürfnisse am geeignesten glaubt; allein was hilft dies, wenn die Regierung nicht handelnd vorgeht, wie es die preußische Regierung im Großherzogthum Posen gethan und noch thut. — Die neuerdings vorgekommenen Verhaftungen sind in Folge Denunziation eines aus der Verbannung zurückgekehrten Kochs, Piotr Skalinski, geschehen. Derselbe soll bei Personen, die ihm wahrscheinlich als kompromittirt bekannt, aber bis jetzt unangefochten geblieben waren, Geldsummen verlangt und, da diese ihm verweigert worden, die Betreffenden denunzirt haben.

Pommern.

Stettin, 20. September. Am 12. d. M. wurde der Arbeiter F. Plückert, als er eben im Begriff war seine Wohnung, Grabow, Breitestr. 27, zu öffnen, angeblich von den auf demselben Flur wohnenden Segelmacher K.schen Eheleuten überfallen und durch Messerstiche erheblich am rechten Vorderarm (an welchem mehrere Muskeln durchschnitten sind), in der Schulter, im Rücken und am Kopfe verwundet. P. ist zum Grabower Krankenhause gebracht und steht zu befürchten, daß der Arm nicht wieder seine volle Brauchbarkeit erlangen wird.

— Gestern Vormittag wurden Heumarkt 17—18 eine silberne Ankeruhr mit goldener Kette ꝛc., ein Portemonnaie mit 20 Sgr. und ein Taschenmesser, sowie Baumstraße 30 ein Doublemantel und ein Kleid aus unverschlossenen Zimmern, wahrscheinlich durch Bettler, gestohlen.

— Die unverehelichte D. stahl gestern Nachmittag aus einer unverschlossenen Wohnung, gr. Wollweberstr. 21, wo sie 2 dort im Quartier liegende Soldaten besuchte, einige Frauenkleidungsstücke und eine goldene Broche, trieb sich während der Nacht damit in den Anlagen umher, wo dieselben heute Morgen bei ihrer Verhaftung noch an ihrem Leibe versteckt bei ihr gefunden wurden.

— Von gestern bis heute ist an der Cholera nur 1 Erkrankung und 1 Sterbefall und zwar auf der Lastadie vorgekommen.

— Am gestrigen Tage zwischen 11 Uhr Vormittags und 3 Uhr Nachmittags sind von einem Grabe auf dem allgemeinen Begräbnißplatze zwei kurz zuvor auf dasselbe gelegte Bouquets entwendet worden. Auf die Ermittelung des Diebes ist eine Prämie von 5 Thlr. gesetzt und Näheres bei der Polizei-Direktion zu erfahren. Es ist zu bedauern, daß noch immer derartige Ruchlosigkeiten auf den dem Schutze des Publikums anheimgegebenen Begräbnißplätzen vorkommen und dürfte es im allgemeinen Interesse liegen, wenn das Publikum auf verdächtige Fälle achten wollte.

— Die Festlichkeiten unserer braven Garnison, zu welcher von der Stadt Stettin jedem Bataillon 500 Thlr. überwiesen sind, werden nunmehr nach und nach stattfinden. Das Festessen des 1. Bataillons Grenadier-Regiments Friedrich Wilhelm IV. (1. Pomm.) No. 2 wird am Dienstag, den 25. d. veranstaltet und sind sämmtliche Reservisten und Landwehrmänner des Bataillons, welche den Feldzug mitgemacht haben, durch öffentliche Bekanntmachung des Bataillons-Kommando's aufgefordert, bis spätestens 23. d. Mittags die Eintrittskarten von ihrem betreffenden Feldwebel in Empfang zu nehmen.

— Das Programm des hiesigen Gymnasiums, womit zu der am 21. d., Nachmittags $2\frac{1}{2}$ Uhr stattfindenden Abiturienten-Entlassung und dem öffentlichen Redeakte eingeladen wird, enthält einige Bemerkungen über den Napoleonischen Julius Cäsar und Schulnachrichten von Michaelis 1865 bis dahin 1866 vom Direktor Heydemann. Bei der Schulfeier werden folgende Vorträge gehalten: 1) Reimer (Abiturient): De Horatiano illo: dulce et decorum est pro patria mori. 2) Wandel (Abiturient): Ueber das Verhältniß der Geschichte zur Musik. 3) v. Zittwitz (Abiturient): Deutsche Poesie und deutsche Geschichte.

†† **Neustettin,** 18. September. Gestern Abend 9 Uhr ist der Herr Justizrath Just hierselbst im fast vollendeten 60sten Lebensjahre eine Beute der hier grassirenden Cholera geworden. Der Tod dieses allgemein geliebten und verehrten Mannes hat hier auf Alle einen tiefbetrübenden Eindruck gemacht. Sein Glaubensleben spiegelte sich in einer unermüdlichen Liebesthätigkeit ab. Unsere Armen und Bedrängten, die bei ihm jederzeit Herz und Hand offen fanden, werden ihn ebenso schmerzlich vermissen, wie die Mitglieder des konservativen Vereins, deren Vorsitzender er war und unter denen er königstreue Gesinnung und Hingabe zu beleben und zu fördern wußte. — Sanft ruhe die Asche des Allen zu früh vollendeten edlen Mannes und Menschenfreundes!

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Paris, 20. September. Der „Moniteur" meldet: Die mexikanische Finanz-Kommission zeigt den Besitzern mexikanischer Obligationen und Coupons an, daß die Zahlung der Rückstände und des Oktober-Coupon verschoben ist, weil die Deckung Seitens der mexikanischen Regierung ausgeblieben ist.

Florenz, 19. September. Indirekte Berichte aus Palermo melden: Die Telegraphen-Verbindung ist unterbrochen. Es wird bestätigt, daß die Truppen den Königspalast, das Gefängniß, den Finanzpalast, Castellamare und den Hafen okkupiren. Das Volk ist bei der Bewegung nicht betheiligt. Auf der Insel herrscht ein loyaler Geist; die Nationalgarde, soweit sie vereinigt ist, hilft den Truppen. Messina, Patti, Alcona und Termini haben der Regierung Hülfe angeboten; die Umgebung von Palermo ist bereit, die Banden zurückzuschlagen. General Cadorna ist zum Militär-Kommandeur und außerordentlichen Kommissar für Sicilien ernannt und trifft nächstens mit den Divisionen Angioletti und Lonzoni ein. Man hofft baldige Wiederherstellung der Kommunikationen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 19. September, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Sella Hoppet, Erichsen von Bergen; Gleineck, Barclay von Blyth; Daylight, Darg von Peterhead; Erndte, Piper von Königsberg; Ferdinand, Nausch von Newcastle; Elise, Steinhagen von Sunderland, löscht in Swinemünde. Wind: S. Strom ausgehend. 4 Schiffe in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. September. Witterung: schön. Temperatur: + 16° R. Wind: Süd.

An der Börse.

Weizen unverändert, loco pr. 85pfd. gelber 68—75 Rt. bez., 83- bis 85pfd. gelber September-Oktober $73\frac{3}{4}$, $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., Oktober-November $72\frac{1}{2}$ Rt. Br., Frühjahr 72, $72\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco $46\frac{1}{2}$—48 Rt. bez., September-Oktober 47 Rt. bez. u. Br., Oktober-November 46 Rt. bez., Frühjahr 46 Rt. bez., Br. u. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. Oderbruch 43—44 Rt. bez., schles. $43\frac{1}{2}$, 44 Rt. bez., pomm. 43 Rt. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 25—$26\frac{1}{2}$ Rt. bez., 47—50pfd. September-Oktober 25 Rt. bez., Frühjahr $26\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Erbsen loco Koch- 55—58 Rt. bez., Futter- 50 Rt. Gd.

Rüböl etwas matter, loco $12\frac{5}{12}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., $12\frac{1}{2}$ Rt. Br., September-Oktober $12\frac{1}{4}$, $\frac{5}{24}$ Rt. bez. u. Br., Oktober-November $12\frac{1}{6}$ Rt. Br., $\frac{1}{12}$ Rt. Gd., November-Dezember $12\frac{1}{6}$ Rt. Br, April-Mai $12\frac{5}{12}$ Rt. bez., $12\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß $15\frac{7}{12}$, $\frac{13}{24}$ Rt. bez., Septbr.-Oktober 15 Rt. bez. u. Br., Oktober-November $14\frac{17}{24}$ Rt. bez., $\frac{2}{3}$ Rt. Gd., November-Dezember $14\frac{1}{2}$ Rt. Br., Frühjahr $15\frac{1}{12}$, 15 Rt. bez., Br. u. Gd.

Angemeldet: 700 Ctr. Rüböl, 30,000 Qrt. Spiritus, 100 Wspl. Rübsen.

Hamburg, 19. September. Getreidemarkt. Im Allgemeinen ruhig. Weizen pr. September-Oktober 5400 Pfd. netto 128 Bankothaler Br., $127\frac{1}{2}$ Gd., pr. Oktober-November 125 Br., $124\frac{1}{2}$ Gd. Roggen ab preußischen Ostseehäfen fest. Pr. September-Oktober 5000 Pfd. Brutto 78 Br., $77\frac{1}{2}$ Gd., pr. Oktober-November 78 Br., $77\frac{1}{2}$ Gd. Oel geschäftslos, pr. September $26\frac{7}{8}$, pr. Oktober $27\frac{1}{8}$, pr. Mai $27\frac{1}{4}$. Kaffee sehr ruhig. Zink 13 Mk. 10 Sch. gefordert. Verkauft 500 Ctr. loco zu 13 Mk. 9 Sch., 500 Ctr. spezielle Marke zu 13 Mk. 10 Sch. — Trübes Wetter.